

Kühn, aber kühl kalkuliert: Duo
mischte Gastrolandschaft auf Seite 14

Ein fünfmal vorbestrafter Engel
auf dem falschen Weg Seite 14

Vier Jahrzehnte in der Politik –
Verena Dieners Karriere Seite 15

Private Mythologie: Meyer-Amdens
Frühwerk in Winterthur Seite 17

Die kleine Schwester der Europaallee

An der Zollstrasse nimmt das nördliche Tor zum Zürcher Hauptbahnhof Gestalt an

Nach der Europaallee überbauen die SBB auch die Nordflanke des Zürcher Gleisfelds. Es entstehen Wohnungen mit Blick aufs «Gleismeer» und Büroflächen, doch das Ganze wird weniger mächtig als auf der Südseite. 2017 sollen die Bagger auffahren.

Irène Troxler

Mit ihrem Prestigeprojekt Europaallee auf der Südseite des Zürcher Hauptbahnhofs ernten die SBB im rot-grünen Zürich nicht nur Applaus. Die Verantwortlichen der Bahn mussten sich anhören, sie hätten einzig Profitmaximierung im Sinn. Die Planung der Nordflanke des Zürcher Gleisfelds ist daher etwas bescheidener ausgefallen.

Reverenz an Escher

Zum einen haben die SBB gegen die Langstrasse hin ein Stück Land an die Baugenossenschaft Kalkbreite verkauft, die dort günstige Wohnungen realisieren will. Und auf dem schmalen Streifen, der bis heute als Bauinstallationsplatz für die Durchmesserlinie sowie als Parkplatz gedient hat, richtet man mit etwas kleinerer Kelle an. Die Bauten werden maximal 25 Meter hoch, und im Gestaltungsplan sind verschiedene Durchgänge vorgesehen, die das Neubaugebiet stärker zum Quartier hin öffnen sollen.

Am Dienstag haben die SBB die Siegerprojekte ihrer Architekturwettbewerbe präsentiert. Direkt beim Bahnhof baut das Genfer Büro Made in Sàrl zwei Bürogebäude, die mit ihren Auskragungen ein wenig an die Stellwerkbauten der SBB erinnern. Dieser architektonische Ausdruck habe das Preisgericht überzeugt, sagte das Jurymitglied Adrian Streich. Die Fassade aus Glas erinnert allerdings weniger an Industriebauten. Mit dem Projektnamen 20021819 erweisen die Genfer Architekten François Charbonnet und Patrick Heiz, die beide in Zürich studiert haben und die Stadt offenbar sehr mögen, dem Bahnpionier Alfred Escher ihre Reverenz. Der 20. Februar 1819 ist sein Geburtsdatum.

Etwas weiter stadtauswärts baut das Zürcher Büro Esch Sintzel Architekten rund 130 Mietwohnungen, die auf drei Gebäude verteilt sind. Auf der Sonnenseite werden die künftigen Bewohner freien Ausblick auf das Gleisfeld genießen, das die Architekten mit einem Meer vergleichen. Die Nordseite hingegen steht dicht an der Zollstrasse, die zu einer Allee umgestaltet werden soll. Die fein gegliederten Fassaden stellen



130 Wohnungen in drei Gebäuden sieht das Siegerprojekt der Zürcher Architekten Esch Sintzel vor.

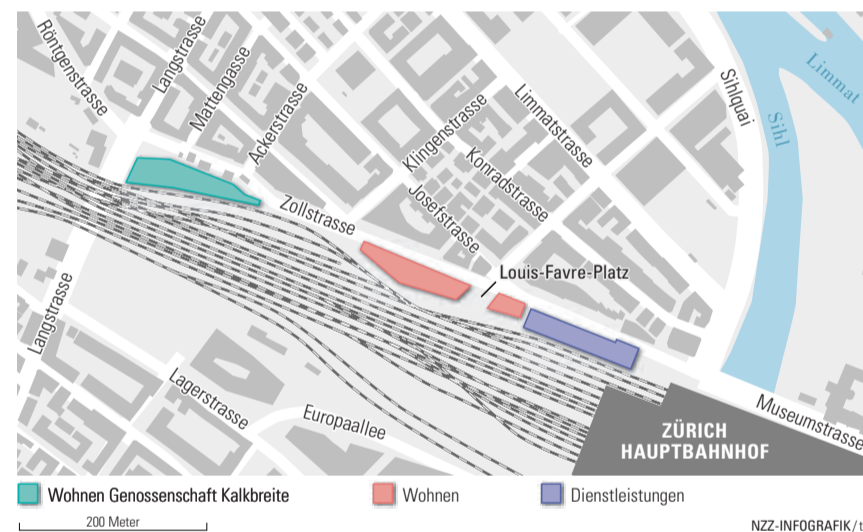
VISUALISIERUNG PD

denn auch Bezüge zum Kreis 5 her, der von Bauten aus dem 19. Jahrhundert geprägt ist. Zwischen dem Gleisfeld und den Neubauten soll ein sogenannter Gleisferweg entstehen, was übrigens ganz ähnlich auch an der Europaallee geplant ist.

Neue Bahnhofs-Terrasse

Dank publikumsorientierten Nutzungen wie Läden und Restaurants in den Erdgeschossen soll die Zollstrasse künftig auf der ganzen Länge mehr Leben entwickeln. Unter anderem ist ein Restaurant mit Terrasse in Richtung Bahnhof geplant. Bei der Vermietung der Retailflächen setzen die SBB auf Kleingewerbe, wie Jürg Stöckli, der Leiter des Immobilienbereichs, vor Medienvertretern sagte. Er versprach «spannende Läden». Auch bezüglich Energieverbrauch setzen sich die SBB sportliche Ziele. Alle Gebäude an der Zollstrasse sollen den Minergie-P-Eco-Standard erfüllen. Zudem sei dank der Nähe zum Bahnhof autoarmes Wohnen möglich. Mit dem Louis-Favre-Platz, benannt nach dem Erbauer des Gottardtunnels, entsteht auch ein neuer öffentlicher Raum.

Ursprünglich hätte das Areal Zollstrasse über den Negrelli-Steg mit der



Europaallee verbunden werden sollen. Ob die in einem Wettbewerb erkorene filigrane Brücke über das Gleisfeld aber je gebaut wird, ist unsicher. Aus Spargründen sind derzeit keinerlei Mittel in der Finanzplanung der Stadt eingestellt. Formell begraben wurde das Projekt aber noch nicht.

Realisiert wird die Überbauung des Areals Zollstrasse in Etappen. 2017 sollen die ersten Bagger auffahren. Die Wohnungen wären dann 2019 be-

zugsbereit; das Dienstleistungsgebäude 2020. Auf dem Areal West, wo Genossenschaftswohnungen entstehen, ist die Planung noch etwas weniger weit fortgeschritten. Die Genossenschaft Kalkbreite will demnächst aber auch das Resultat ihres Architekturwettbewerbs präsentieren.

Die Wettbewerbsbeiträge sind in der Amboss-Rampe, Zollstrasse 80, ausgestellt und können dort zwischen dem 3. und 6. Februar besichtigt werden.

NZZ-INFOGRAFIK/Inf.

Schmid-Federer zielt ins «Stöckli»

CVP will sich bald entscheiden

CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer hat auf ihrer Website bestätigt, dass sie gern für einen Sitz im Ständerat kandidieren würde: Ist dem so, wird es eng im Kandidatenfeld der politischen Mitte.

amü. · Unmittelbar nachdem Verena Diener (glp.) am Montagmorgen ihren Rücktritt aus dem Ständerat auf Ende Legislatur angekündigt hatte, hat das Kandidaten-Karussell neuen Schwung aufgenommen. Am Dienstagmorgen hat Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (cvp.) auf ihrer Website bekanntgegeben, dass sie an einer Ständerats-Kandidatur «sehr interessiert» sei. Die CVP und Schmid-Federer wollen aber erst abklären, ob die Voraussetzungen für eine Kandidatur gegeben sind.

Gedrange im Zentrum

Allen Einschränkungen zum Trotz: Die Mitteilung der Präsidentin des Zürcher Roten Kreuzes liest sich wie ein Bewerbungsschreiben. Sie vertraue auf ihren politischen Leistungsausweis und ihre Politik «jenseits der ideologischen Schützengräben links und rechts». Sie zeigt sich ferner überzeugt, dass die Wähler eine «unabhängige Persönlichkeit aus der politischen Mitte» begrüßen würden. Zudem komme ihr die konsensorientierte Arbeitsweise der kleinen Kammer entgegen.

Wie Schmid-Federer selber einräumt, dürfte es für die CVP in Zürich aber schwierig werden, sich in Majorzwahlen durchzusetzen: 2011 kam sie in den nationalen Wahlen auf nicht einmal 5 Prozent. Zudem haben mit Ruedi Noser (fdp.), Martin Bäuml (glp.) und Daniel Jositsch (sp.) bereits drei national bekannte Politiker ihren Hut in den Ring geworfen, die über ihr Stammlager hinaus auf Stimmen hoffen können. In der auch von der CVP beanspruchten «politischen Mitte» dürfte es also ziemlich eng werden.

Viele Frauen sagen ab

Zugutekommen könnte Schmid-Federer nach Dieners Rücktritt, dass die genannten drei grösseren Parteien auf eine Frauenkandidatur verzichten. Bei der SVP wiederum gaben Natalie Rickli und Rita Fuhrer bereits bekannt, dass sie nicht für den Ständerat kandidieren. Die einzige andere Frau, die bisher öffentlich Interesse an einer Kandidatur bekundete, ist die Grüne Katharina Prelicz-Huber, wobei ihr die Unterstützung der Partei nicht sicher ist.

Gnade für Passantenstopper

Die Stadt Zürich soll die Vorschriften für Reklametafeln lockern

Jahrelang durften Reklametafeln in Zürich ohne Bewilligung aufgestellt werden. Nun sorgt das reglementarische Auge der Stadtverwaltung für Ordnung – mit einschneidenden Folgen für Ladenbesitzer in Seitengassen.

Christina Neuhaus

Wer etwas zu verkaufen hat, preist seine Ware gerne auf Reklametafeln an. In der Stadt Zürich kam diese Praxis bis 2009 ohne entsprechendes Reglement aus. Dann störten sich die Stadtoberen an zu viel Wildwuchs und liessen die Verwaltung eine gesetzliche Grundlage erarbeiten. Seither beklagt sich das Gewerbe über Überreglementierung und

behördliche Pingeligkeit. So wurde eine Gastwirtin, die mit einem hölzernen Hirsch für ihr Lokal werben wollte, mit einer Busse von 800 Franken bedacht. Der Hirsch, beschied man ihr, wäre nur bewilligungsfähig gewesen, wenn er mit einem Preisschild versehen und als «Warenauslage» deklariert worden wäre. Ähnlich erging es einem Apotheker, der es den Geschäften erlaubt hatte, sogenannte «Passantenstopper» ohne Gebühren auf Trottoirs zu stellen. Als die Gewerbebehörde vorstellte, versah er sie flugs mit einem Preisschild, damit sie – als Warenauslage – verkauft werden können (NZZ 21. 8. 10).

Bis 1 Quadratmeter kostenlos

Der Unmut der Betroffenen wurde noch grösser, als der Stadtrat, ohne auf die Bedenken des Gewerbes einzugehen,

im letzten Jahr eine neue Verordnung für Reklametafeln erliess. Dem Stadtzürcher Gewerbeverband und der City-Vereinigung, dem Dachverband verschiedener Quartier- und Branchenvereinigungen, stiess neben dem hohen Detaillierungsgrad vor allem die neugeschaffene Gebührenpflicht sauer auf. Sie wehrten sich für die alte Praxis, die es den Geschäften erlaubt hatte, sogenannte «Passantenstopper» ohne Gebühren auf Trottoirs zu stellen.

Das Verwaltungsgericht bestätigte schliesslich die neue Gebührenverordnung des Stadtrats im Wesentlichen. Zugleich verwies es aber auf den Wortlaut der Bestimmung, wonach sich der Gebührentarif pro Quadratmeter berechnet. Dies lasse die Auslegung zu, dass Werbetafeln erst ab einer Grösse von einem Quadratmeter kostenpflich-

tig seien. Diese Auslegung verbuchte der Gewerbeverband als Teilerfolg, dennoch brütet er seither im Einklang mit zugewandten Orten wie etwa der KMU-Gruppe im Gemeinderat immer noch über einem Befreiungsschlag.

Umsatzeinbussen

Seit Oktober 2014 ist die neue Verordnung in Kraft. Deshalb müssen Läden in der Innenstadt nun ein Gesuch einreichen, wenn sie Passantenstopper aufstellen wollen. Dazu schreibt die Verordnung vor, dass Reklametafeln direkt an der Gebäudefassade der werbenden Geschäfte angebracht werden müssen. Was dem reglementierenden Auge der Stadtverwaltung entging, ist nun zwei SP-Gemeinderatsmitgliedern aufgefallen. In einem parlamentarischen Vor-

stoss wehren sich Pawel Silberring und Rebekka Wyler für Ladenbetreiber in kleinen Seitengassen.

Konnten diese ihre Plakatständer bisher um die Ecke auf der Hauptgasse aufstellen, ist ihnen dies nun verwehrt. Weil Reklametafeln nur in unmittelbarer Nähe der Lokale angebracht werden dürfen, können Geschäftsinhaber an kleinen Nebensträsschen nicht mehr auf diese unkomplizierte Art um Kundenschaft werben und beklagen zum Teil empfindliche Umsatzeinbussen. In ihrem Postulat regen die SP-Gemeinderäte deshalb an, die Verordnung so anzupassen, dass auch versteckt liegende Läden wieder für Biogemüse oder Secondhand-Kleidung werben dürfen. Die Chancen dafür stehen gut: Der Stadtrat zeigt sich gesprächsbereit und nimmt den Vorstoss entgegen.